



# SLOWAKISCHER MONATSBERICHT

01 2005



ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Januar 2005

## POLITISCHE ENTWICKLUNG

### Positionsspiele der Parteien verursachten ein parlamentarisches Patt

Die Sitzung des Parlaments ist im neuen Jahr wiederholt in eine Pattsituation gekommen, und zwar dank der neuen Form von Positionsspielen unter politischen Parteien. Die Parlamentssitzungen endeten nach wenigen Minuten mangels Genehmigung des Sitzungsprogramms und nach gegenseitigen Attacken von Spitzenvertretern der Parteien.

Am Anfang des Streits ist der Vorschlag der oppositionellen HZDS zur Eröffnung einer offenen parlamentarischen Debatte über die politische Lage in der Slowakei gestanden. Die HZDS wollte über die für die Regierungskoalition unangenehmen Themen sprechen: über die hohe Arbeitslosenrate, auf Sozialleistungen angewiesene Familien, über Aktivitäten, die zur „Gefährdung der territorialen Integrität“ führen könnten und Ähnliches. Der Vorschlag der HZDS wurde von der Koalitionspartei des Premierministers Mikuláš Dzurinda, der SDKÚ unterstützt, was ein Schock unter den Mandatären der anderen Koalitionsparteien (die gegen ein solches Sitzungsprogramm stimmten) hervorrief. Im Falle einer weiteren Sitzung hatte die Minderheitskoalition nicht genügend Stimmen zur Verabschiedung des Programms wegen der Obstruktion der Opposition und unabhängiger Abgeordneter. Diese scheinbar uninteressanten Probleme führten jedoch zur scharfen Diskussion über eine Allianz der Koalitionspartei SDKÚ und der oppositionellen HZDS.

In den anderen Koalitionsparteien sowie in der Oppositionspartei Smer wurde die Überzeugung gestärkt, dass HZDS und SDKÚ eine Art Kartellabsprache schlossen (dabei gab es bereits früher Verdacht auf eine geheime Allianz dieser Parteien). Eine eventuelle Existenz einer solchen Allianz würde bedeuten, dass der klassische Wettbewerb zwischen Koalition und Opposition aus der politischen Szene verschwindet. Weder Koalition noch Opposition fanden in diesem Fall eine gemeinsame Sprache, es bildete sich eher eine hybride Allianz eines Teils der Koalition mit einem Teil der Opposition. Gleichzeitig zeigte sich wieder, dass wenn unabhängige Abgeordnete ihre Unzufriedenheit zeigen und eine Obstruktion seitens der Opposition erfolgt, die Koalition nicht imstande ist, zu regieren.

Auf der Konferenz über die Wettbewerbsfähigkeit der Slowakei erklärte HZDS-Vorsitzender Vladimír Mečiar entgegenkommend, dass die „künftige Wahl keine Katastrophe sein müsse, eine Kontinuität möglich und ein Gleichklang der Programme real sei.“ Seit längerem gibt es Anzeichen darüber, dass für die Regierungskoalition die HZDS akzeptabler ist als Smer, die sich als harter Kritiker ohne Suche nach Kompromissen zeige. Daher überrascht es grundsätzlich nicht, wenn ein Teil der Regierungskoalition bereits heute darum bemüht ist, dass nicht Smer, sondern lieber die HZDS in der künftigen Regierung ist. Premierminister Mikuláš Dzurinda deutete das Problem folgendermaßen vorsichtig: „... es stellt sich die Frage, ob die Slowakei eine Kontinuität der Politik seit 1998 braucht“ und „... die Alternative des Herrn Fico – das ist eine Rückkehr und eine populistische Politik billiger Versprechungen und teilweise auch des Nationalismus.“

Trotz eines Anfalls von Emotionen auf der Politzscene erwarten wir angesichts bisheriger Erfahrungen aus Positionskämpfen der Minderheitsregierung und der sich ebenfalls in Minderheit befindenden Opposition keinerlei Dramatisierung der politischen Lage. Es ist jedoch Ironie des Schicksals, dass laut vorsichtiger Andeutungen politischer Spitzen der Koalition diejenige politische Linie, die als Alternative der autoritären Methoden der HZDS entstand, in der Zukunft gerade dank der Unterstützung der HZDS aufrecht erhalten wird.

## ÜBERSICHT

### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Positionsspiele der Parteien verursachten ein parlamentarisches Patt.....1  
Wiederholung des Angriffs auf den Arbeitsminister.....2  
Spekulationen, die SMK von künftiger Regierung fernzuhalten.....2

### AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

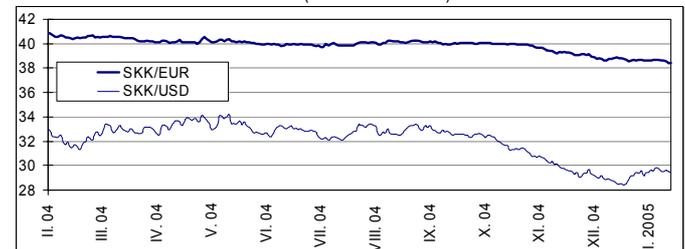
Slowakei führt den Vorsitz der Mitteleuropäischen Initiative.....2  
Die gemäßigte Haltung zu Kuba ist nicht als Zugeständnis zu verstehen.....2  
Die Autonomiefrage hat wieder die politische Szene in Unruhe versetzt.....2

### WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung.....3  
BIP .....3  
Industrieproduktion und Handel .....3  
Inflation.....3  
Arbeitsmarkt .....4  
Staatshaushalt .....4  
Aussenhandel .....4  
Zahlungsbilanz .....4  
Finanzinstitutionen.....4

## ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (II. 2004 – I. 2005)



Quelle: NBS

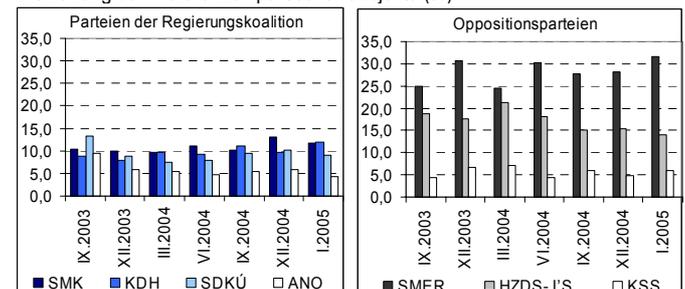
	2000	2001	2002	2003	2004	2005*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	5,3*	5,1
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,5*	3,4
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	18,0*	17,5
Ausland. Invest. (mill.USD)	2032	1190	3965	870	1200*	1700
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	32,3	28,5
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,0	37,2

\* die M.E.S.A.10 Vorhersage; \*\*Die Daten revidiert nach ESA95

\*\*\* nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

## MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistkamt der Slowakischen Republik

## POLITISCHE ENTWICKLUNG (Fortsetzung)

Nach dem erfolglosen Versuch der Opposition im Dezember, den Minister für Arbeit, Soziales und Familie Ľudovít Kanik abzurufen, kam es jetzt zu einem neuen, ebenso glücklosen Versuch. Auf Antrag der Partei Smer, eines kompromisslosen Kritiker des Arbeitsministers fand eine außerordentliche Parlamentssitzung statt (die auch nicht durch die oben genannten Positionskämpfe blockiert werden konnte).

Beim vorjährigen Amtsenthebungsentwurf warf Smer Kanik politische Verantwortung für das fachliche Versagen bei der Rentenreform (dieses Argument wurde von uns in der vorherigen Ausgabe in Frage gestellt) sowie die von ihm nicht entrichteten Sozialversicherungsbeiträge seiner Angestellten. Der neue Grund für den Abberufungsversuch waren seine ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber der Allgemeinen Krankenkasse. Die Geschäftsführerin der Firma, deren Miteigentümer Kanik ist, hätte im Vorjahr die Krankenkasse um den Erlass der Ausstände ersuchen sollen. Es geht hier also im Wesentlichen um

ist es nicht gelungen, Ľudovít Kanik das Misstrauen auszusprechen und dieser bleibt weiterhin auf seinem Ministerposten.

### Spekulationen, die SMK von künftiger Regierung fernzuhalten

Die Politiker der Partei der ungarischen Koalition (SMK) geben ihre Befürchtungen darüber zu, dass es Bestrebungen gebe, ohne sie bei der Bildung der künftigen Regierungskoalition auszukommen. Die Führung der SMK hat den Eindruck, dass sie nach der Wahl 2006 von den „slowakischen“ Parteien nicht mehr in die Regierung aufgenommen wird.

Obwohl die Teilnahme der SMK in der Regierungskoalition zweifellos ein Pluspunkt ist, der die außenpolitische Position der Slowakei und das Image des Landes verbessert, mehren sich mit der nahenden Wahl Spekulationen über die Möglichkeit ihrer Ersetzung durch eine

Bemühungen „slowakischer Parteien“, mit der nahenden Wahl durch eine Verhärtung der Position gegenüber den Anliegen der SMK politische Punkte zu sammeln, wachsen.

SMK-Vorsitzender Béla Bugár machte darauf aufmerksam, dass nach den gegenwärtigen Umfragewerten der HZDS und Smer keine neue Regierung ohne eine der beiden Parteien gebildet werden könne. „Das sollte uns alle in der jetzigen Koalition dazu zwingen, aktiver zu sein, damit es auch eine andere Möglichkeit gibt.“ Für die künftige Teilnahme der SMK in der Regierung ist wohl der Aufbau eines strategischen Bündnisses mit der Christlichdemokratischen Bewegung (KDH) von Wichtigkeit, da so ein gebündelter Parteienblock bei der Bildung der künftigen Regierungskoalition nicht nur schwer umgangen werden kann (wenn es eine Koalition mit Kontinuität mit der heutigen sein soll).

## AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

### Slowakei führt den Vorsitz der Mitteleuropäischen Initiative

Im Jahr 2005 führt die Slowakei den Vorsitz über die Mitteleuropäische Initiative (SEI). Zu den Prioritäten des slowakischen Vorsitzes werden der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, die Förderung wirtschaftlicher Integration sowie die Zusammenarbeit bei der Erhaltung des Kulturerbes gehören. Die SEI, die 17 europäische Länder vereint, entstand 1989 und zu ihren Mitgliedern gehören Länder Mittel- und Ostmitteleuropas von Italien bis zur Ukraine. Ihr ursprüngliches Ziel war es, die europäische Integration und wirtschaftliche Änderungen in den Reformländern zu unterstützen. Laut Außenminister Eduard Kukan wird man sich bemühen, die Handlungsfähigkeit der Arbeitsgruppen dieser Initiative zu stärken und den europäischen Integrationsprozess weiter voranzutreiben. Die Mitteleuropäische Initiative verbindet einige EU-Mitgliedsstaaten mit Kandidatenländern. Dies schafft die Möglichkeit, den Kandidatenländern bei deren Integration zu helfen.

### Die gemäßigte Haltung zu Kuba ist nicht als Zugeständnis zu verstehen

Die Außenminister der EU haben auch mit Unterstützung des slowakischen Ministers die vorübergehende Aufhebung diplomatischer Sanktionen gegen Kuba beschlossen. Diese Entscheidung ist jedoch nicht von allen Akteuren der slowakischen Diplomatie als positiv aufgenommen worden. Vizepremierminister für die Integration Pál Csáky ist mit dieser versöhnlichen Haltung gegenüber Kuba nicht einverstanden gewesen und hat eine entschiedeneren Haltung sowie die Fortsetzung des Drucks auf Kuba verlangt: „Persönlich bin ich dafür, dass die EU beginnt, sich als ein Land zu benehmen, welches gewisse Prinzipien politisch und demokratisch durchsetzen

kann. Das Modell der EU als Wirtschaftsriese und politischer Zwerg ist künftig unhaltbar.“

Die gemäßigte Haltung hat jedoch ihre rationale Basis, die keinerlei Kapitulation vor dem Problem Kuba bedeutet. Diese widerspiegelt sich in der Haltung des Außenministeriums und der jeweiligen parlamentarischen Ausschüsse: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten sowie Vorsitzende des europäischen und des ausländischen Ausschusses des Nationalrates der SR einigten sich auf dem Standpunkt, dass gerade die Kommunikation bessere Chancen zur Einflussnahme im totalitären Staat als Isolierung und Sanktionen ermöglicht.

### Die Autonomiefrage hat wieder die politische Szene in Unruhe versetzt

Unklare Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten über Fragen der Autonomie in den Nachbarländern hat erneut die Frage eröffnet, die schon traditionell Spannungen auf der slowakischen Politzscene hervorruft. Nach der fehlgeschlagenen Volksabstimmung über die doppelte Staatsbürgerschaft hatte der ungarische Premierminister Ferenc Gyurcsány die Lösung der Autonomiefrage von Auslandsungarn unterstützt. Das Außenministerium der Republik Ungarn soll ein Konzept nationaler Visa für ausländische Ungarn ausarbeiten und bewerten, wie es um die Bemühungen um eine Autonomie für die in umliegenden Ländern lebende ungarische Minderheit bestellt sei und wie denn die Position der mehrheitlichen Macht gegenüber diesen Bemühungen sei.

Bei den slowakischen politischen Spitzenvertretern hat dies zweierlei Reaktionen hervorgerufen: Auf einer Seite gibt es die versöhnliche Haltung des Premiers Mikuláš

Dzurinda, welcher in der Bemühung, Emotionen zu beruhigen, den Standpunkt vertrat, dass die „außenpolitische Position der Slowakei heute so fest sei, dass uns solche Themen nicht beunruhigen können.“ Seiner Ansicht nach wäre es ein Fehler nicht nur der Opposition, sondern wessen auch immer, „auf solch billigen Köder anzubeißen“. Dzurinda hat dabei jedoch betont, dass eine Autonomie in der Slowakei nicht in Frage käme. Er sehe auch keinerlei Gründe für eine sog. kulturelle Autonomie: „Die Slowakei sei auch deshalb so reich, weil sie so multikulturell sei.“ Das Außenministerium der SR hat ebenfalls eine reservierte Stellung bezogen. Da die Frage der Autonomie in der Slowakei in letzter Zeit nicht vorgelegt wurde, nimmt das Außenministerium an, dass es sich nicht um Bemühungen handelt, die die Slowakei betreffen: „Nach unseren Informationen ist dies nicht von der Partei der ungarischen Koalition und schon gar nicht von der ungarischen Regierung in Richtung Slowakei vorgebracht worden.“

Eine rasantere Haltung haben oppositionelle Parteien und die Koalitionspartei KDH (Christlichdemokratische Bewegung) gezeigt. Der Vorsitzende des Nationalrates der SE und KDH-Chef Pavol Hrušovský hat vom Außenministerium verlangt, sich an den ungarischen Premier mit einem Gesuch um Erklärung seiner Worte zu wenden. Die Christdemokraten lehnten nach seinen Worten jegliche Versuche um autonomistische Bemühungen ab. Sogar die Partei der ungarischen Koalition (SMK) hat nach Worten ihres Vorsitzenden Béla Bugár keine Gebietsautonomie im Programm (die SMK bemüht sich um die Errichtung einer Selbstverwaltung im Bereich Schulwesen und Kultur). Es ist daher zu erwarten, dass dieses Thema zu keiner Problemsache wird, die auf der slowakischen innenpolitischen Szene genährt wird.

## WIRTSCHAFT

**Unternehmen und Umstrukturierung****Härtere Politik des Finanzministers gegenüber Slovnaft**

Der Druck des Finanzministers auf die Raffinerie wächst mit der Überzeugung von Minister Ivan Mikloš, dass Slovnaft die dominante Position (70%-Anteil am Großhandelsmarkt) auch nach dem Erteilen einer Strafe von 1,3 Mld. Sk weiter missbraucht. Mikloš kündigte an, dass vielleicht erneut eine Treibstoffpreisregulierung eingeführt wird. Ein solcher Schritt sowie die Art seiner Durchführung hängen jedoch von den Ergebnissen einer neuen Kontrolle ab, die das Ministerium in Slovnaft durchführt (diese kommt erst wenige Wochen nach Ende der vorherigen). Sollte die Preiskontrolle feststellen, dass Slovnaft die dominante Stellung weiterhin missbraucht, ist die Einführung der Regelung äußerst wahrscheinlich.

Das Vorgehen von Slovnaft, der nach Erteilung der Strafe die Treibstoffpreise erhöhte und in der Tschechischen Republik senkte, löste heftigen Unmut aus. Es kam ganz logisch der Verdacht auf, dass Slovnaft die aus der (noch nicht bezahlten) Strafe folgende Belastung auf die Endverbraucher abwälzt. Slovnaft deutete an, dass die Ergebnisse der vorherigen Kontrolle von vornherein feststanden waren und erwartet künftig „ausgewogenere“ Kontrollen.

Das Finanzministerium tischte auch die Frage der Bereinigung von fünf von Slovnaft verwalteten staatlichen Treibstofflagerterminals auf. Es ist möglich, dass Slovnaft als deren Verwalter bevorteilt ist, da auch seine Mitbewerber wegen Verringerung von Logistikkosten Treibstoffe aus diesen Terminals beziehen. Das FM der SR erwägt die Möglichkeit, Terminals auch an andere Unternehmungen im Interesse der Stärkung der Konkurrenz auf dem Markt zu vermieten.

Der Streit zwischen dem Finanzministerium und einem konkreten Unternehmen ist eine Besonderheit und erregt starke Aufmerksamkeit. Falls durch die

Kontrolle nachgewiesen wird, dass der Missbrauch der dominanten Stellung weiter besteht, bevorzugt wird die Wiedereinführung der Regulierung vor einer wiederholten Sanktionierung. Die Regulierung löst das Problem ex ante, die Sanktionierung ex post. Die ex post Regulierung bringt noch ein weiteres Problem: Wie soll man Subjekte entschädigen, die durch das Handeln eines Unternehmens, welches seine dominante Position missbraucht, einen Schaden erlitten. Der aktuelle Vorschlag des Ministers ist eine Änderung der Treibstoffsteuer zur landesweiten Entschädigung der Bevölkerung. Eine solche Manipulierung mit Steuern und andere systemfremde Schritte könnten durch Regulierung und regelmäßige Überprüfung ihrer Einhaltung umgangen werden.

**Die Kreditierung von Haushalten war 2004 ein massiv wachsendes Geschäft**

2004 zeigte sich in der Slowakei der Trend zur Haushaltsverschuldung in vollem Maße. Daraus folgte ein Anstieg der Haushaltsausgaben für den Konsum (reales Wachstum der Einnahmen im Einzelhandel von 7,4% in den ersten drei Quartalen bei sehr schwachem Wachstum der Reallöhne). Nach Angaben der NBS erreichte im November 2004 die Verschuldung der Haushalte knappe 10% des BIP (in absoluten Zahlen sind es 113,7 Mld. Sk). Das bedeutet eine Verschuldung von fast 21,5 tausend Sk pro Person und 51,7 tausend Sk pro Beschäftigten. Diese Parameter besagen jedoch noch immer eine relativ geringe Verschuldung slowakischer Haushalte. In entwickelteren EU Ländern erreicht die Haushaltsverschuldung um 50% des BIP. Das Potenzial für die Kreditinstitute scheint daher noch immer beträchtlich zu sein. Der genannte Betrag von 113,7 Mld. Sk der

Haushaltsverschuldung ist das Dreifache des Wertes aus dem Jahr 1999.

**Radikale Diversifizierung der Tätigkeit von Matador zur Nutzung der Expansionswelle**

Durch die Verbindung mit der Gesellschaft Pal-Inalfa (mit Sitz in Vrable) macht der erfolgreiche Gummiersteller Matador Púchov seine Vision wahr, Entwicklungslieferant der Fahrzeugindustrie bei Metallteilen zu werden. Matador erwarb 51% des slowakisch-niederländischen Unternehmens Pal-Inalfa. Über das internationale Netz der Gesellschaft Inalfa hat die neue gemeinsame Firma offene Türen auf den Weltmärkten.

Für Matador ist es ein völlig neuer Unternehmensbereich. Matador Inalfa wird gepresste Teile und geschweißte Fahrgestelleinheiten produzieren. Die Unternehmensstrategie ist nach Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der Matador Automotive Division Rudolf Rusnák wie folgt zusammenzufassen: Produkte aus hochfestem Stahl, kaltgepresst, bringen Ersparnisse für die Hersteller und sind für Matador die Gelegenheit, einen Anteil am Anstieg des Marktes von Autoherstellere Zulieferern zu gewinnen. Die Leistung des Autoherstellere Zuliefermarktes sollte nach dieser Quelle in den nächsten drei Jahren in der Slowakei von den jetzigen 120 Mld. Sk auf das doppelte ansteigen.

In den letzten Jahren ist das Verhalten von Matador äußerst offensiv. Neben Inalfa weiterte die Gesellschaft Matador ihre Tätigkeit auch in den Geschäftsbereich Reifen durch die Übernahme der Firma Obnova Brno aus und gründete ein slowakisch-äthiopisches Joint Venture Matador ATC. In einem weiteren gemeinsamen Unternehmen Matador Omskšina in Russland wird die Produktionskapazität ab März 2005 auf 5 Millionen Reifen pro Jahr erhöht.

**BIP****Wachstum von Fixkapital durch Aktivität von Nichtbankorganisationen gefördert**

Das erneuerte Wachstum der Bruttofixkapitalbildung hat 2004 das BiP-Wachstum wesentlich gefördert. Sein Wachstum beschleunigte sich von 0,9% im Ersten auf 5,5% im dritten Quartal 2004. Das beschleunigte Wachstum der Bruttofixkapitalbildung war erstens das Ergebnis stark ansteigender Investitionsaktivitäten von Nichtbankorganisationen. Die steigende Dynamik beim

Wachstum von fixen Investitionen im Nichtbankensektor kletterte bis auf 12,9% (fixe Preise) im dritten Quartal. Bei diesen Unternehmungen ist vor allem eine starke Expansion von fixen Investitionen in der Produktion raffinierter Ölprodukte zu verzeichnen (Wachstum um 66,9% in den ersten drei Quartalen in fixen Preisen), im Einzelhandel (46,6%) oder im Bauwesen (36,8%).

Das Investitionswachstum beschleunigte sich auch in Finanzkorporationen, obwohl mit niedrigerem Tempo (3,6% in den ersten 3 Quartalen). Eine völlig umgekehrte Entwicklung gibt es bei fixen Investitionen in den Branchen öffentliche Verwaltung und Haushalte, wo ein Rückgang von fixen Aktiva festgestellt wurde, im dritten Quartal gab es sogar einen beschleunigten Rückgang.

**Industrieproduktion und Handel****Bauwesen startet neue Expansion**

Das zwischenjährige Wachstum der Industrieproduktion war Ende des Jahres schwach. Im Zeitraum Oktober – Dezember bewegte es sich nur von 0,2% bis 2,5%, eine deutliche Verlangsamung im Vergleich zu den vorherigen drei Quartalen 2004. Insgesamt war die Produktion der Industrie 2004 um

4% höher als 2003, davon in der industriellen Produktion um 4,6%, in den Netzen um 3,7%.

Es ist aber der erwartete Boom im Bauwesen zum Vorschein gekommen, der 2005 andauern sollte. Nach dem starken Wachstum von 9,8% im November erhöhte sich die Bauproduktion im Dezember zwischenjährig um 19,4%. Das ist das höchste Wachstumstempo im Jahr 2004, das

Signal einer beginnenden Welle hoher Leistungen im Bau infolge des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur sowie der Vorbereitung der Bauten für große Investitionen. Im gesamten Jahr 2004 war die Bauproduktion um 5,6% höher als 2003, davon 11,7% bei Neubauten, Renovierungen und Modernisierungen.

**Inflation****Endjahresinflation bestätigt optimistische Erwartungen**

Durch einen weiteren zwischenmonatigen Rückgang des Preisspiegels im Dezember 2004 erfüllten sich die optimistischsten Vorhersagen bezüglich der Verlangsamung der Inflation im zweiten Halbjahr 2004. Die Verbraucherpreise sanken im Dezember um 0,2% bei einem Wachstum geregelter Preise um 0,3% und

einem Preisrückgang der in die Kerninflation gehörenden Waren um 0,3% ab. Im Vergleich zu den Erwartungen der Nationalbank war die Verbraucherpreisdynamik im Dezember langsamer.

Der Verbraucherpreisspiegel war zum Jahresende vor allem durch den Preisrückgang im Lebensmittelbereich beeinflusst. Ein weiterer

Faktor waren niedrigere Treibstoffpreise. Gegenüber dem gleichen Vergleichszeitraum des Vorjahres erreichten die Gesamtinflation den Wert von 5,9% und die Kerninflation 1,5%. Im Durchschnitt erhöhten sich die Verbraucherpreise 2004 um 7,5%.

Aufgrund endgültiger Angaben für das Jahr 2004 kann zusammengefasst werden, dass vor allem heimische Kostenfaktoren Einfluss auf die

Preisentwicklung im Jahr 2004 ausübten. Die Preisentwicklung war am meisten durch Verwaltungsmaßnahmen beeinflusst: Im Januar erfolgten eine Erhöhung regulierter Preise und die Änderung der Mehrwertsteuersätze, im Mai kam es zur mäßigen Erhöhung der Tabaksteuer. Der Anteil an Verwaltungsmaßnahmen am gesamten Preisanstieg betrug über 80%. Die Entwicklung der Lebensmittelpreise hatte eine dämpfende Einwirkung auf den Preisanstieg (vor allem durch erweiterte Konkurrenz), ebenso die Stärkung des Wechselkurses der slowakischen Krone. Bei Marköffnung (durch den Beitritt der SR zur EU) überwogen eher positive Effekte auf den Preisspiegel und es kam zu keinerlei Preisschock. Mit gewisser Spannung erwarten wir die Ergebnisse der Preisspiegelbewegung im Januar 2005, da diese Angaben bereits darüber aussagen werden, ob es gelingt, den prognostizierten Rückgang der

Inflationsrate auf die Hälfte des Wertes von 2004 zu erreichen. Die Hauptfaktoren, die die Zahlen im Januar beeinflussen werden, sind Änderungen regulierter Preise (jedoch geringer als im Januar 2004) sowie teurere Haftpflichtversicherungen bei Kraftfahrzeugen.

In der Produktionsbranche erhöhten sich die Preise 2004 viel weniger als die Konsumentenpreise. Die Preise von Industrieproduzenten wuchsen zwischenjährig insgesamt (In- und Ausland) um 2,6%, davon Inlandspreise von Produkten um 3,4% und Produktpreise für den Export um 1,8%. Im Durchschnitt wuchsen die Preise der Landwirtschaftsproduktion seit Jahresbeginn insgesamt um 2,1%.

### Wachsende verfügbare Einkommen und sinkende Ersparnisse

Die Einkommenslage der Haushalte entwickelte sich 2004 günstiger als im Jahr 2003. Nach Angaben der Quartale 1 – 3 war das Wachstum des verfügbaren Bruttoeinkommens auf einem Niveau von 10%, viel günstiger als das 6,4%-ige Wachstum im gleichen Zeitraum des Jahres 2003 (alles in laufenden Preisen). Negativ entwickelten sich Bruttoersparnisse, da das Tempo des Verbrauchswachstums von Haushalten höher war als das Tempo des Wachstums des verfügbaren Bruttoeinkommens. Beachtenswert ist der fast 20%-ige Rückgang der Ersparnisse im ersten Quartal (7,7% in 3 Quartalen). Das Maß an Ersparnissen als Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen ausgedrückt, sank auf historische Rekordwerte (zwischen 3,0% und 4,0% je nach Quartal).

### Arbeitsmarkt

**Beschäftigung im Bauwesen steigt stetig an** Der Zeitraum der ersten drei Quartale war durch stagnierende Gesamtbeschäftigung gekennzeichnet, bei näherem Anblick war die Beschäftigungsentwicklung äußerst differenziert: Es kam zum wesentlichen Rückgang der Beschäftigtenanzahl im Primärsektor (Landwirtschaft

und Rohstoffförderung) sowie im Teil des tertiären Sektors (bei Nichtmarktleistungen). Bei der Industrieproduktion gab es jedoch Anzeichen für eine Belebung der Beschäftigung: Die zwischenjährigen Kennzahlen bewegten sich von 99,7 im ersten Quartal auf 101,1 im Dritten. Beachtenswert ist aber sicherlich das starke und

dauerhafte Beschäftigungswachstum im Bauwesen. Wir erwarten ein Andauern des Beschäftigungswachstums im Bauwesen, es kann eventuell auch 2005 beim zu erwartenden Boom im Bauwesen noch stärker werden.

### Staatshaushalt

**Das Finanzministerium der SR startete das MINERVA-Projekt**

Das Finanzministerium der SR startete das MINERVA Projekt. Die Abkürzung MINERVA bedeutet Mobilisierung von Innovationen in der Volkswirtschaft und die Entwicklung bildungswissenschaftlicher Aktivitäten. Es geht um eine Initiative mit dem Ziel, die

Slowakei zu einer der entwickeltesten, modernsten und prosperierendsten Gesellschaften auf der Welt zu machen. Das Projekt MINERVA basiert auf der Strategie der Konkurrenzfähigkeit der Slowakei bis 2010 und der nationalen Lissabonstrategie, die Dezember 2004 vorgestellt wurde. Ziel dieses Projektes ist

es, Aktivitäten zur Förderung der Knowledge-economy in der Slowakei zu setzen. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf vier Hauptgebiete: Informationsgesellschaft, unternehmerische Umgebung, Innovation, Wissenschaft und Forschung, Investitionen in Leute und Bildung.

### Aussenhandel

**Importwachstum im Oktober überraschend gering**

Der bereinigte Wert des Handelsdefizits in den ersten 10 Monaten (32,2 Mld. Sk) ist um 6 Mld. Sk höher als der vorläufige Wert des Defizits. Das Oktoberdefizit selbst beträgt nach Präzisierung 3,4 Mld. Sk, das ist um 1,4 Mld. Sk mehr als die vorläufige Angabe. Das Statistische Amt hatte die Export- sowie Importwerte von Mai bis Oktober nach oben revidiert.

Im November erhöhte sich zwar nach vorläufigen Angaben das Defizit auf 4 Mld. Sk. Wir erwarten, dass bei Veröffentlichung der vorläufigen Angaben von Dezember sein Wert um 1,5-2 Mld. Sk ansteigt.

Das Jahresdefizit wird von uns in einer etwas kleineren Spanne als im Vormonat erwartet, und zwar 41-44 Mld. Sk, das beträgt ca. 3,2 % des BIP.

Im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum hat sich in den letzten Monaten des Jahres die Aufwertung der Krone intensiviert. Im November erhöhte sich der zwischenjährige nominelle Aufwertungsindex (NEER) nach Berechnungen der Nationalbank der Slowakei (NBS) von 2,7 auf 3,7%, im Dezember gewann die Krone einen weiteren Prozentpunkt dazu. Das reale Tempo der Aufwertung war praktisch identisch, als sich

der Index der zwischenjährigen realen Aufwertung (REER) auf Basis der Produktpreise in der Verarbeitungsindustrie vom Oktoberwert von 3,1 auf den Novemberwert von 4,1% steigerte.

Die Fortsetzung eines solchen Aufwertungsstempos, das wohl bereits das Niveau des Wachstumsdifferenzials der Arbeitsproduktivität in der SR gegenüber den Schlüsselexportländern überschritten hat, kann schon zum Druck auf die preisliche Konkurrenzfähigkeit führen. Die Folge könnte ein verlangsamtes Lohnwachstum in Industriebetrieben oder Druck auf die Gewinnspannen sein.

### Zahlungsbilanz

**Laufendes Konto stabilisiert sich weiter**

Für die Entwicklung des laufenden Kontos (BÜ) war im November die fortwährende Annäherung seines Wertes an den Wert des Handelsbilanzdefizits bezeichnend. Im Rahmen der Dienstleistungsbilanz setzt sich der Rückgang der Bilanz der Dienstleistungen im Bereich Fremdenverkehr fort. Hier wachsen die Ausgaben der Slowaken im passiven Fremdenverkehr, auch dank der stärker werdenden Krone, während die

Ausgaben ausländischer Besucher im Rahmen des aktiven Fremdenverkehrs stagnierend sind. Nach sieben Monaten fiel der Wert des Defizits des laufenden Kontos infolge dieser Faktoren im November unter den Wert des Handelsbilanzdefizits. Da im November 2004 auf dem laufenden Konto ein Überschuss von 0,2 Mld. Sk ausgewiesen wurde, wuchs das 12-monatige kumulative Defizit um 2,5 auf 37,5 Mld.

Sk. Da die Entwicklung im November unseren Erwartungen aus dem Vormonat entsprach, bleibt unsere Schätzung des Defizits am laufenden Konto Ende des Jahres bei 40 Mld. Sk (3% des BIP) gültig.

Das Finanz- und Kapitalkonto wies innerhalb der 10 Monate einen Überschuss von 58 Mld. Sk aus, der durch einen Überschuss an Portfoliokapital und Finanzderivaten gebildet war..

### Finanzinstitutionen

**Die Slowakei beschloss, die 24,7 Mld. Sk, die das Land im Streit mit der ČSOB-Bank verlor, nicht zu zahlen.**

Die Forderung sollte am 29. Januar 2005 bezahlt werden, da die Bezahlung nicht erfolgte, wird der

Gesamtbetrag mit 5% jährlich verzinst. Über eine Berufung muss die ganze Regierung nach einer Analyse von Juristen, die die Slowakei vor dem Schiedsgericht vertreten, entscheiden. Die Regierung hat bis zum 11. Februar Zeit, wenn

die Frist zur Einlegung der sog. technischen Berufung gegen die Berechnung der Strafe verstreicht.

